

**Abonnements:**  
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich  
Trägerlohn; durch die Post bezogen  
bei Selbstabholung Vierteljährlich  
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.  
Erscheint an allen Wochentagen  
nachmittags.  
  
Telegramm-Adresse:  
„Volksstimme, Frankfurt/Main.“  
Telephon-Anschluß:  
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

# Volksstimme

**Inserate:**  
Die Spalte Zeitungszeitung 15 Pf.,  
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.  
Inserate für die Illustrierte Nummer  
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-  
pedition Wiesbaden aufgegeben  
sein. Schluß der Inseratenannahme  
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.  
  
Postfachkonto 529.  
Union-Druckerei, G. m. b. H.  
Frankfurt a. M.  
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

## Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard  
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,  
beide in Frankfurt a. M.

**Separat-Ausgabe für Wiesbaden**  
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.  
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Raier.  
Verlag der Volksstimme Raier & Co. — Druck der  
Union-Druckerei, G. m. b. H., somit in Frankfurt a. M.

**Nummer 148** **Montag den 28. Juni 1915** **26. Jahrgang**

# Abflauende französische Offensive. — Russenrückzug in Galizien.

## Die Bereitwilligkeit zum Frieden.

Von Reichstagsabg. Dr. Max Quard.

I.  
Endlich hat nun auch die Zeitung unserer deutschen Par-  
tei offiziell und vor aller Welt festgestellt, was ich in meiner  
Antwort auf Soos und Genossen schon hervorhob: Nichts  
kann uns über die betrübende Tatsache hinwegtäuschen, daß  
die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen  
Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und  
Frankreichs, ihre Organisationen und Zeitungen, mit  
ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen  
bis zur völligen Niederwerfung Deutsch-  
lands. Diese Tatsache mag uns sehr unangenehm sein, aber  
wir kommen nicht an ihr vorbei. Sie enthält auch die  
größte Schwäche der bisherigen sozialistischen Internationale,  
die kürzlich Max Adler nach Goldscheid in der „Neuen Zeit“  
meines Erachtens noch immer nicht schonungslos und unver-  
hüllt genug festzustellen sich bemühte.  
Adler meint nämlich mit Goldscheid, die Sozialisten aller  
Völker hätten in parallelen, deshalb sich nicht schneidenden  
Aktionen gegen den Krieg gewirkt. Aber eben deshalb hätten  
sie versagt, als es im Ernstfalle gegolten hätte. Einer dem  
Anderen eine Sicherheit zu sein. Mit den Mitteln der  
Schiedsgerichts- und Schlichtungspolitik müsse man künftig  
auf gegenseitige Verpflichtungen hinwirken, dann werde der  
Zusammenstoß besser ausgeschlossen sein. Wenn das nur kein  
Bierseidel ist! Wenn wir in der Internationale zu solchen  
gegenseitigen Verpflichtungen gegen den Eintritt in den Krieg  
kommen, dann ist natürlich ungeheuer viel gewonnen. Aber  
welche Aussicht haben wir, dahin zu gelangen? Und welches  
ist der Weg dahin, ist er kurz und leicht oder lang und schwie-  
rig, und über welche Wälle und Hindernisse führt er? Meines  
Erachtens muß der Weg, dessen Zurücklegung wir alle in-  
drücklich empfehlen, über zwei Stationen führen: über die Er-  
ringung einer starken und maßgebenden Machtposition der  
arbeitenden und mit ihr sympathisierenden intellektuellen  
Masse im Inneren jedes Landes, und zweitens über die Stufe,  
auf der es gelingt, diese Machtposition auch für die Unterord-  
nung weltpolitischer Wirtschaftsinteressen unter die Friedens-  
interessen zu erreichen, mit anderen Worten, wenn durch jene  
innere Friedensmacht auch die äußere Politik der Haupt-  
länder vollständig gelenkt und beherrscht wird. Dann erst  
wird die Vermeidung von Weltkriegen in greifbare Nähe ge-  
bracht sein.  
Einstweilen aber sind nicht etwa bloß die deutschen, son-  
dern auch die englischen und französischen Sozialisten weit  
davon entfernt, eine solche Macht im Inneren und Außen  
zu besitzen. Sie sind so ganz außerstande gewesen, auch  
nur ein einziges Glied in der langen und festen Kette der  
weltweitigen Einkreisungsbestrebungen und Kriegsbereit-  
reitungen gegen Deutschland zu verschließen! Es ist schon so  
wie Genosse David in seinem Buch „Die Sozialdemokratie  
und der Weltkrieg“ (Berlin, Vorwärtsverlag, 1915, 192 Sei-  
ten) schreibt, in einem Buch, das gewissermaßen, und zwar  
offenbar ohne jede urprüngliche Absicht des Verfassers, zu  
einem Spiegelbild der Fehler und Schwächen der sozialistischen  
Internationale wurde:  
„In Petersburg sahen die Regierende, die aus dem total-  
schreibenden Konflikt den Weltkrieg machten. In Paris hatte man  
nicht die Kraft und auch nicht den ethischen Willen, sich aus der  
historischen und finanziellen Verbindung mit Rußland zu lösen, und  
die Wiedereroberung Ost-Europas war ein lohnender Sieges-  
preis. In London aber hatte man die Gewisse in der Hand, die  
den Kriegsmorgen aufhalten konnte, und gedachte, sie nicht. Aus  
den „soliden, praktischen Gründen“ der englischen Weltpolitik gab  
man dem Verhängnis freien Lauf.“  
Diese Darstellung lassen wir nicht auf als sittliche Ab-  
rechnung. Sie stellt nur die wirtschaftlichen Interessen und  
Einflüsse der herrschenden Schichten in den Ländern unserer  
drei Hauptkriegsgegner in das richtige Verhältnis zu ein-  
ander und zum widerständigen Weltkrieg. So kam das Ver-  
hängnis und so geht es unbeirrt durch alle Schmerzschreie  
der einzelnen Betroffenen seinen Weg, weil es unseren Ge-  
nossen auch im westlichen Ausland noch nicht entfernt ge-  
lungen ist, bei den weltpolitischen Bewegungen ihrer Länder  
Rücksichtnahme auf entgegengesetzte deutsche Interessen durch-  
zusetzen. Vielmehr darf man sogar zweifeln, ob unseren Ge-  
nossen, besonders in England und mindestens dort, überhaupt  
bisher an der gegenseitigen, gerechten Abwägung und Berück-  
sichtigung der auswärtigen Interessen anderer Länder mit  
großer Arbeiterbewältigung soviel gelegen war und ob sie  
dieses Streben jemals wirklich betätigten. Da klappt ganz  
sicher eine Lücke in der auswärtigen Politik unserer west-  
ländischen Genossen ganz ähnlich jener anderen, die wir bei  
internationalen Gewerkschaftsaktionen mehrfach stark beklagen  
müßten. Vielleicht ist eben die bürgerliche Einstellung auch  
in der weltpolitischen Ausbreitung der verschiedenen Nationen  
in ihren Methoden und Mitteln doch noch nicht so abgewir-  
kelt und abgewendet, als wir uns denken und wünschen

so daß die Menschheit noch einen ganz erheblich langen Leidens-  
weg auch nach dieser weltpolitischen Richtung vor sich hat.  
Dann muß sie ihn gehen, sie mag leuchten, wie sie will. Sie  
kann aus dem Leiden nur Kraft zu stärkerer künftiger Mit-  
wirkung und zu klugem Vornehen und Einsehen der kommenden  
Kampfbedingungen schöpfen. Vielleicht hilft aber gerade der  
jetzige Krieg ein gutes Stück zum ferneren Ziele weiter!  
Dem sei aber, wie ihm wolle, jedenfalls steht mit der so  
richtigen Feststellung im Aufruf des Parteivorstandes, daß  
die englischen und französischen Parteigenossen für die er-  
sehnte, baldige Beendigung des Weltkriegs völlig versagen,  
die Aufforderung an Deutschland in starkem Widerspruch,  
seinerseits und allein und zuerst seine Bereitwilligkeit zu  
Friedensverhandlungen zu bekunden. Gewiß, es ist so schön  
und edelmütig und menschlich, diesen Schrei auszustößen und  
den Millionen vom Krieg Gemarterten aus der Seele zu  
sprechen. Was wäre ich darum, wenn ich es auch könnte, wenn  
meine ehrliche Überzeugung es uns erlaubte, für die Hun-  
derttausende deutscher Volksgenossen im Feld, unter denen sich  
auch der meinige befindet, den ersten rosenfarbigen Friedensschein  
am Himmel herbeizujaubeln! Wie kann ich aber von meiner  
Heimat, gegen die sich ringsum im Auslande drohende Sünde  
erheben, verlangen, sie solle die Bedrohung abwehren mit  
Friedensvorschlägen? Wir erwarten das nicht bloß gänzlich  
wirkunglos und deshalb überflüssig, weil man wirkungslose  
Demonstrationen möglichst vermeidet, sondern auch unklug und  
verhängnisvoll. Unklug — denn die Begründung trifft nicht  
zu, daß wir schon unsere „Unbekanntheit“ erwiesen hätten.  
Diese Behauptung übertrifft an nationaler Ueberhebung bei-  
nahe die Aufschneidereien unserer ärgsten Alldeutschen und  
hat keinerlei Berechtigung, am wenigsten in dem Augenblick  
in dem man in England und Rußland, im erstgenannten Land  
gemeinsam mit den nächsten Gewerkschaften, den Krieg durch  
die zugehörigen wissenschaftliche Organisation der Munitions-  
versorgung zu vereiteln sich anstrengt. Lord George hat  
mörtlich gesagt: „An den gelehrten Arbeitern läge es zu ent-  
scheiden, ob der Krieg lange oder weniger lange dauern solle.“  
Und sein Munitionsprogramm ist mit den Gewerkschafts-  
führern vereinbart! Die einseitige Aufforderung zu Friedens-  
vorschlägen an Deutschland ist aber auch verhängnisvoll. Wer  
von uns noch Verbindungen im Auslande hat, der frage dort  
und er wird hören: „Euer Friedensgeflur gibt unseren  
Machthabern den Mut, noch stärker auf Deutschland zu  
drücken, denn sie legen es als Verfahrenheit und Schwäche bei  
Euch aus!“  
Deshalb bleibe ich dabei, die Aufforderung zu Friedens-  
vorschlägen, einseitig an die deutsche Adresse gerichtet, nicht  
stellen lassen und mitmachen zu können. Wir deutschen So-  
zialisten haben keine andere Möglichkeit, als durch unsere  
Holländer und Schweizer Freunde den französischen und eng-  
lischen Genossen sagen zu lassen: „Sobald Ihr eure Schuldig-  
keit für den Frieden tut, tun wir sie auch, wir wollen sogar  
vorangehen, wenn wir wissen, daß Ihr mittut. Solange das  
aber nicht geschieht, nutzen wir unserer Heimat nichts Un-  
nützlich und Unbrauchbares zu. Solange helfen wir Deutsch-  
land, daß es sich feste seiner Haut wehrt, bis die Friedens-  
sehnsucht drinnen ernsthaft erwacht. Dann ist es Zeit, sich  
für den Frieden einzusetzen.“  
  
**Reichsregierung und internationale Friedens-  
propaganda.**  
Berlin, 28. Juni. (W. A. Reichsamtlich.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“  
schreibt: „Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich  
mit einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten  
Dr. Quard über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie.  
Quard weist in seinem Artikel darauf hin, daß die führenden eng-  
lischen und französischen Sozialdemokraten sich gegen internationale  
Annäherungsversuche ablehnend verhalten, und schreibt in diesem  
Zusammenhang: „Die deutschen und unsere überreichlichen Ge-  
nossen erklären fortgesetzt, daß wir die erste Rührung durch Ver-  
stellung des Friedensbesprechungen gegen vornehmen wollen. Die  
deutsche Reichsregierung weiß davon und hat und nicht die geringsten  
Schwierigkeiten in den Weg gelegt.“ Die „Nationalliberale Korre-  
spondenz“ meint, daß diese Sache zwei Auslegungen zulassen. Sie  
könnten lebhaft befehen, daß die Regierung der internationalen  
politischen Betätigung der Sozialdemokratie, soweit sie sich in ge-  
sehrlich zulässigen Grenzen bewegt und das Staatsinteresse nicht ge-  
fährdet, keine Schwierigkeiten in den Weg legt. Dies könnte man  
vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Freiheit verstehen. Es könnte  
aber auch herausgehoben werden, daß die sozialdemokratische inter-  
nationale Friedenspropaganda von der deutschen Regierung minde-  
stens stillschweigend gebilligt wird, und daß man sie von dieser Seite  
sogar als ein geeignetes Mittel betrachtet, um die erste Grundlage  
für die Erzeugung von Friedensmöglichkeiten zu schaffen. Die „Na-  
tionalliberale Korrespondenz“ lehnt diese letztere Deutung mit Recht  
als unmöglich ab. Wir betonen ihr, daß selbstverständlich nur die  
erster Auffassung in Frage kommen könne. Die Regierung hat mit  
internationaler Friedenspropaganda nichts zu schaffen und hat dazu  
weder die sozialdemokratischen noch andere Unterhändler konzes-  
siert.“  
Daß sich doch Nationalliberale das Verhältnis von Sozialdemo-  
kratie und Regierung, wie umgekehrt, in diesem Falle gar nicht

anders denken können, als eventuell eine Art von Liebedienstler!  
Ein bißchen Ueberlegung hätte der „Nationalliberalen Korrespondenz“  
sagen können, daß die zweite Möglichkeit auf beiden Seiten völlig  
ausgeschlossen ist. Es handelt sich doch nicht um Regierung und  
halb- oder viertelsozialistische Kameluden, sondern um Regierung und  
Sozialdemokraten. Diese pflegen für dasjenige, was sie im Interesse  
des Sozialismus und ihrer Heimat für nötig halten, keine Konzeption  
bei einer Regierung zu holen, sondern zu tun, was ihnen richtig er-  
scheint. Und die Reichsregierung pflegt sich nicht der Sozialdemo-  
kratie zu bedienen, um geeignete Mittel und Grundlagen zu irgend  
welchem Zweck zu finden. Es ist schon so, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“  
sagt, daß die Reichsregierung abseits von aller politischen Verant-  
wortung eine internationale Tätigkeit der Sozialdemokratie  
staatsbürgerlich so wenig etwas einmenden kann und will, wie die  
Nationalliberalen es sich gefallen lassen, in der Agitation für ihre  
Ansichten behindert zu werden. In diese staatsbürgerliche Gleichheit  
müssen sich die Herren schon gewöhnen! Wenn die Regierung uns  
wie andere vernünftig gewachten läßt, wird sich in absehbarer Zeit  
herausstellen, wer das Beste für seine Heimat und die Kultur-  
interessen in der Weltpolitik geschaffen hat!

## Friedensmanifest und „Vorwärts“-Verbot.

Der „Vorwärts“ macht bekannt:  
„Durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken  
vom 26. Juni ist das Erscheinen des „Vorwärts“ wegen der  
Aussage des deutschen Parteivorstandes „Sozialdemo-  
kratie und Frieden“ bis auf weiteres verboten worden.“  
Die Regierung gibt an der Spitze der „Nordd. Allg. Ztg.“  
und durch amtliches Wolff-Telegramm zu diesem Ver-  
bot folgende Begründung:  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
veröffentlicht unter der Überschrift „Sozialdemokratie und Frieden“  
eine Rundgebung, in der dargelegt wird, wie die deutsche Sozial-  
demokratie im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbst-  
ständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan hat und wie ihre fried-  
lichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder  
angenommen worden sind. Als Tatsache wird festgestellt, daß die  
große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau an-  
geschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen  
und Zeitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur  
völligen Niederwerfung Deutschlands.  
Trotz dieser Feststellungen fordert der sozialdemokratische Partei-  
vorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele, gestützt  
auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffenen  
günstigen Kriegslage, die Regierung auf, ihre Bereitwillig-  
keit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten,  
um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.  
Der „Vorwärts“ ist wegen dieser Rundgebung mit Rücksicht  
auf die noch für die Förderung von Kriegszielen bestehenden Jen-  
surtorschriften verboten worden. Sie ist in hohem Maße zu  
bedauern, weil dieser Verbot, den Entschließungen der Regierung  
voraussetzt, im Ausland einen, wahrscheinlich auch der Mehr-  
heit der deutschen Sozialdemokraten höchst unerwünschten Eindruck  
machen wird. Nach bewährten Mustern wird das Manifest all-  
gemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland  
tatsächlich nicht bestehenden klaren Kriegsmüdig-  
keit ausgenutzt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoff-  
nungen unserer Feinde erneut zu beleben.  
Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die poli-  
tische Lage Aussicht bietet, erfolgreich in Friedensverhandlungen  
einzutreten, wird die Regierung vor selbst das ihrige tun. Bis da-  
hin aber gibt es für das deutsche Volk nur die Parole: Durch-  
halten!  
  
**Urteile bürgerlicher Blätter.**  
„Frankfurter Zeitung“:  
Die Tatsache der Veröffentlichung ist sehr zu bedauern und zu  
verurteilen; denn sie wird im feindlichen Auslande begierig als ein  
Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß die anfängliche Geschlossen-  
heit des deutschen Volkes nicht mehr vorhanden ist und daß  
ein Teil des Volkes den Frieden nicht erwarten könne. Die  
Folge wird sein, daß unsere Feinde meinen werden, wenn sie jetzt  
noch eine Zeilung nicht fest aufrechten, werde es ihnen doch noch  
gelingen, Deutschland niederzuwerfen, was ja, wie der Aufruf fest-  
stellt, auch die Sozialdemokraten der feindlichen Länder wollen.  
Wenn es also etwas gibt, was diesen Krieg über seine natürlichen  
Bedingungen hinaus verlängern kann, dann sind es solche unzeit-  
gemäßen und geradezu gefährlichen Rufe nach dem Frieden.  
Es gibt in Deutschland niemanden, der den Krieg um des  
Krieges willen wünscht. Doch das deutsche Volk, und ganz gewiß nicht  
bloß die Sozialdemokratie, den Frieden will, das ist eine Tatsache,  
die aller Welt, soweit sie guten Willens ist, bekannt sein muß. Jedem-  
mann würdigt die Schwere der Opfer an feilerem Leben und Gut,  
die wir jeden Tag des Krieges bringen. Es braucht auch nicht be-  
wiesen zu werden, daß ein nocher Friede unendlich wertvoller ist,  
als ein in weite Ferne gerückter. Aber die Voraussetzung bei alledem  
ist doch, daß Deutschland seinen Frieden schließen kann, der auch  
nur den Schein erweckt, als habe der Ueberfall seiner Feinde doch  
Erfolg gehabt.  
„Reichliche Zeitung“ (fortschrittlich):  
Der sozialdemokratische Parteivorstand setzt sich mit diesem so-  
wohl bei seinen Regierungsgenossen in Frankreich und England, wie  
bei unserer Regierung ausfallenden Appell mit sich selbst in Wider-  
spruch. Er muß eingesehen, daß die französische Sozialdemokratie  
Verhandlungen mit deutschen Sozialdemokraten abgelehnt habe —  
und nun verspricht er sich eine Wirkung von seinem papierernen Aus-  
druck der Erwartung, daß sie für die Herbeiführung des Friedens

auf ihre Regierung einwirken werden? Die deutsche Regierung wird selbstverständlich — das ist so klar, daß es eigentlich keiner Erwähnung bedarf — jedes Angebot einer Beendigung des Krieges, das ihr von den Gegnern gemacht wird, gewissenhaft prüfen. Aber auch der sozialdemokratische Parteivorstand kann sich doch nicht verhehlen, daß ein deutsches Friedensangebot sofort im Ausland als ein Zeichen der Schwäche, trotz unserer gewaltigen Erfolge, angesehen werden würde und seinen Zweck schon deshalb verfehlen müßte, weil es die Neigung unserer Feinde zur Fortsetzung des Krieges stärken würde, zumal da in England und Frankreich und selbst auch in England die große Masse des Volkes über unsere Siege gar nicht unterrichtet ist. Ohne weiteres darf denn auch vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie erwartet werden, daß er — was auch kommen möge — an seiner bisherigen Entschlossenheit festhält: durchzuhalten.

#### „Deutsche Tageszeitung“ (agrar.-lonj.):

Es ist betrüblich, daß die Herzen der Zeit gefunden haben, jetzt und unter diesen Umständen und bei der Haltung ihrer Parteigenossen im feindlichen Ausland der deutschen Regierung in aller Form nahelegen, den ersten Schritt zur Beilegung des Krieges zu tun. Dagegen muß mit der denkbar größten Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wenn die deutschen Genossen etwas Verständiges hätten tun wollen, so hätten sie sich an die Regierungen der gegnerischen Länder wenden und diesen nahelegen müssen, ihrerseits in Friedensverhandlungen einzutreten. Das deutsche Volk hat nicht die mindeste Veranlassung, solche Verhandlungen anzugehen.

#### „Arens-Zeitung“ (Konf.):

Der Parteivorstand müßte der Regierung zu, die Rolle des Vorgesetzten zu übernehmen. Mit dieser Aufforderung erwidert er im Ausland den Eindruck, als fühle ein erheblicher Teil des deutschen Volkes sich besiegt. Auch das ist unklar. Wir haben das unbedingte Vertrauen zur Regierung, daß sie fest bleibt und durchhält, bis unsere Feinde am Boden liegen. Dieses Ziel muß und wird erreicht werden.

#### „Tägliche Rundschau“ (außenw.):

Mit dem Verbot des „Vorwärts“ könne die Sache nicht erledigt sein. Es sei eine unerhörte Annahme, wenn sich „Vorwärts“ und Parteivorstand „erdreien“, im Namen des deutschen Volkes schlechthin zu sprechen. Die erdrückende Mehrheit dieses Volkes lehnt es zweifellos aufs schärfste ab, mit dieser gemeingefährlichen Schritt-macherei für die Interessen des Auslandes etwas zu schaffen zu haben, und es ist unerlässlich, daß diese entgegengesetzte Auffassung unabweisbar zum Ausdruck gebracht wird.

### Frankösisches Sozialdemokratie und Friedensfrage.

Die Internationale Korrespondenz berichtet: Außerhalb Frankreichs kennt man in der Hauptsache nur die Haltung der „Humanität“ und die Rundgebungen des Permanenten Verwaltungsausschusses der Partei, die samt und sonders nichts weniger als international sind. Der Pariser Mitarbeiter des Londoner „New Statesman“, der „Anglo-French“ zeichnet und zu den unbefangenen Beobachtern der französischen Zustände gezählt werden muß, macht in jener Londoner Wochenschrift vom 19. Juni seine Befürchtung auf, daß es zweifelhaft sei, ob der Permanente Verwaltungsausschuss der französischen sozialistischen Partei die Mehrheit vertrete. Der genannte Ausschuss habe seit dem Beginn des Krieges keine Maßnahmen ergriffen, um mit der Mitgliedschaft in Berührung zu bleiben. Er entscheide alles selbstherrlich; es herrsche deswegen große Unzufriedenheit in der Partei; von Einheitlichkeit sei keine Spur vorhanden. Es bestehe in der Partei eine Rechte, ein Zentrum und eine Linke. Die Rechte beherrscht den Permanenten Verwaltungsausschuss und besteht zum größten Teile aus alten Leuten, die in Frankreich auch die größten Chauvinisten sind, so z. B. Jules Guesde und Bailmont. Die große Mehrheit der Sozialisten Südfrankreichs gehört zur Linken; aus ihrer Mitte stammt die Rundgebung des Deportements Haute Vienne. Im großen ganzen dürfte mit Sicherheit gesagt werden, daß die französische sozialistische Partei schon seit Jahren nicht so desorganisiert, so machtlos und so hoffnungslos gespalten gewesen sei wie jetzt.

### Vanderveldes Unmöglich!

Am 19. Juni hat in London eine von 100 Personen besuchte Versammlung des sozialistischen Komitees für nationale Verteidigung getagt. Das Komitee vereinigt in sich sozialistische Gruppen, die sich für „Durchhalten“ erklären, aber in Begründung und Zielen sehr weit voneinander abweichen. Vandervelde war antwesend; laut dem „Neuen Rotterdamischen Courant“ erzählte er, wie eine wachsende Zahl deutscher Sozialisten bemerkt sei, sich mit den Parteien der feindlichen

Länder in Verbindung zu setzen. Sie hätten erklärt: „Belgiens Unabhängigkeit muß wiederhergestellt werden, es darf nichts annektiert werden; können wir auf dieser Grundlage nicht eine gemeinschaftliche Friedensbewegung zustande bringen?“

Das ist aber, so erklärte Vandervelde, jetzt unmöglich. Zunächst ist jederzeit zu befürchten, daß die deutsche Regierung die Früchte einer Friedensagitation im Verein nicht mit der deutschen sozialistischen Partei, wohl aber mit einer Gruppe deutscher Sozialisten ernten würde. Doch abgesehen davon: Der Krieg hat sich ausgedehnt. Neue Probleme nähern sich ihrer Lösung. Italien und die Balkanstaaten wollen ihre nationalen Ideale — die übereinstimmen mit den bisher von allen Sozialisten vertretenen Anschauungen — verwirklichen. Können wir sie nun im Stich lassen?

Eine Neugestaltung Europas auf der Grundlage der Nationalität werde die beste Bürgschaft für einen dauernden Frieden sein. „Wenn unsere deutschen Gefinnungsverwandten auf dieser Grundlage eine Friedensbewegung beginnen wollen, dann sind wir gerne bereit, mit ihnen gemeinsam zu arbeiten.“ Vandervelde knüpfte hieran die bezeichnende Bemerkung, daß die Sozialisten in den Ländern der Alliierten, wenn sie sich in dieser Weise auf die feste Grundlage des Nationalitäts-Prinzips stellten, auch härter dastehen würden gegenüber der Agitation der englischen Pinguos, der französischen Chauvinisten und der „Groß-Belgier“, die die deutsche Volkseinheit vernichten möchten, wenn sie nur die Möglichkeit dazu sähen.

Vandervelde stellt also an den Eingang zum Friedens-balkon ein Prinzip, über dessen sinngemäße Anwendung doch erst eine Verständigung notwendig wäre. Daß es nicht rein anwendbar ist, mußte doch gerade der Belgier Vandervelde wissen. Wollte man es rein anwenden, so müßte ja Belgien zerfallen, in zwei Länder geteilt werden, und es müßte auch belgisches Gebiet mit rein deutscher Bevölkerung abgetrennt und zu Deutschland geschlagen werden. Und wie würde die Sache im Osten? Sollen Polen, Litauen, Estland, die Ukraine usw. selbständige Staaten werden? Wie erst soll die Neuordnung auf dem Balkan erfolgen?

Vanderveldes Prinzip ist praktisch undurchführbar. Wie man es als ein allgemeines Prinzip, das entsprechend den Verhältnissen der Praxis frei zu handhaben wäre, anwenden kann, darüber wäre eine Aussprache nötig. Aber Vandervelde stellt den Cherub mit flammendem Schwert vor sein reines Heiligtum und bringt es so glücklich dahin, daß überhaupt nichts geschieht.

### Tagesberichte.

#### Von Kämpfen im Westen.

Großes Hauptquartier, 27. Juni. (W. B. Amtlich.) Neben der Kathedrale von Arras stehende feindliche Artillerie wurde von uns beschossen; ein Munitionslager flog in die Luft.

In den Argonnen nordwestlich von Vienne le Chateau wurde ein Grabenstück gestürmt und gegen mehrere französische Gegenangriffe gehalten.

Nachdem wir auf den Raasbüchen in den letzten Tagen die Versuche des Feindes, sich in den Besitz des ihm am 24. Juni entzogenen Geländes beiderseits der Tranchée zu setzen, vereitelt hatten, überraschten wir den Gegner gestern mit einem Angriff auf den Höhenrücken hart südwestlich von Les Eparges; er war nach kurzem Kampfe in unserer Hand. Der Gegner machte während der ganzen Nacht Anstrengungen, den Rücken wieder zu nehmen; alle seine Angriffe schlugen fehl.

Die Angabe in der amtlichen französischen Mitteilung vom 26. Juni über die Fortnahme von vier deutschen Maschinengewehren bei Van-de-Sap ist erst unden. Der Feind ist nach seiner Niederlage dort nirgends bei seinen Gegenangriffen auch nur bis in die Nähe der von uns eroberten Stellung gekommen. Hingegen hat sich unsere Seite auf 268 Gefangene, 2 Revolverpanzer, 5 Maschinengewehre, 7 größere und kleinere Minenwerfer erhöht.

#### Die Kämpfe in Galizien.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Bericht zeigen, daß auch da nach harten Kämpfen Erfolge erzielt wurden, die die Russen zum weiteren Zurückweichen zwingen.

Unter dem 28. Juni gab der österreichisch-ungarische Generalstab einen maßgebenden Kriegsbefehl der Russen bekannt. An einer Stelle zwischen Dnjestr und Bug war ihnen die Durchbrechung der Front gelungen. Und zwar so: In mehreren Reihen nachts zum Angriff vorgehend, kam die vorderste feindliche Linie, da sie vollkommen unbewaffnet war, die Hände als Zeichen der Ergebung hoch erhoben hielt, daher nicht beschossen wurde, bis an unsere Stellungen heran. Unmittelbar vor diesen warfen die Russen die in den Monturatschen verborgen gehaltenen Handgranaten gegen unsere Schützengräben, worauf die rückwärtigen Reihen des Feindes vorstürmten. Eingetroffene Verstärkungen von uns warfen nach schwerem Kampfe die Russen aus den Stellungen wieder zurück und nahmen mehrere hundert Gefangene.

Einen ähnlichen Vorgang meldet der deutsche Bericht vom Sonntag:

Deutsche Truppen haben nach hartem Kampfe die Höhen des nördlichen Dnjestr. Ufers zwischen Zukazowce (nordwestlich von Salicz) und Chodorow gestürmt und in der Verfolgung die Gegend von Chodorow (halbwegs Jurawno-Rohatyn) erreicht.

Feindliche Stellungen nordwestlich von Ramaruska wurden von hannoverschen Truppen genommen; wir machten dabei 3300 Gefangene und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Auch bei dieser Gelegenheit wandten die Russen ihren Brand an, unsere Truppen durch Winken mit weißen Tüchern heranzulocken, um sie dann niederzuschießen. Diese russischen Truppenteile wurden vernichtet.

Am Tage zuvor war auch berichtet worden, daß die Armee Dinsingen ab 23. Juni 3500 Gefangene am Dnjestr machte. Der österreichisch-ungarische Bericht vom Sonntag endlich meldet:

Nach der Niederlage bei und südlich Lemberg zogen sich die Russen mit den Hauptkräften in östlicher Richtung zurück und stellten sich auf den Höhen östlich der Dabowka östlich Mlaskow und bei Jariszow Starz neuerdings mit starken Kräften. In dieser Front haben unsere Truppen in mehrstägigen Kämpfen die Vorstellungen des Feindes genommen, sich bis auf Sturmabstand an die feindliche Hauptstellung herangerückt und sind schließlich an zahlreichen Stellen in diese eingedrungen, namentlich im Abschnitt bei und südlich Bobrka wurde der Gegner aus einem zusammenhängenden Frontstück geworfen. Seit heute früh sind die Russen wieder auf der ganzen Front im Rückzuge.

Auch nördlich Zolkiew und nördlich Kawa-Muska weicht der Feind vor verfolgenden verbündeten Truppen.

Am oberen Dnjestr dauern die Kämpfe fort. Deutsche Truppen haben nach hartem Kampfe die Höhen bei Zukazowce erstickt.

Hufabwärts bis Salicz und an der bessarabischen Grenze herrscht im allgemeinen Ruhe.

In den Kämpfen der letzten Tage hat die Armee Böhm-Ermolli allein vom 21. bis 25. Juni 71 Offiziere und 14 100 Mann gefangen und 26 Maschinen-gewehre erbeutet.

#### Aus dem russischen Bericht.

Am 25. Juni verlor der Feind auf der Front Berzhata-Grobenna-Lubysa eine Offensive. Am Tage vorher hatten wir während unserer Gegenangriffe in der Richtung Zolkiew-Lemberg, die von einem Vorrückung unterstützt wurden, ungefähr 2000 Gefangene mit 30 Offizieren gemacht und 13 Maschinengewehre genommen. Bei der Stadt Bobrka entspann sich am 25. Juni ein erbitterter Kampf. Am Dnjestr und zwischen Chodorow und Salicz wiesen wir andauernde erbitterte Angriffe größerer deutscher und österreichischer Kräfte zurück. Am 24. Juni machten wir von neuem mehr als 1000 Gefangene mit 17 Offizieren und nahmen mehrere Maschinen-gewehre. Auf der Dnjestr-Bruth-Front erzielten wir gleichfalls am 24. Juni einen weiteren Fortschritt.

#### Wie die Russen kulkern.

Berlin, 26. Juni. (W. B. Amtlich.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Zur Kennzeichnung der Wahrheitsliebe der russischen amtlichen Berichte ist folgendes festzustellen: In dem russischen Tagesbericht vom 24. Juni wird u. a. gesagt: „Im Süden der Seen von Raigrod haben unsere Vortruppen in der Nacht zum 22. Juni den Fluß Zegzunia überschritten, das Dorf Kuligi besetzt und eine ganze

## Genilleton.

### Tiroler Volkswehr.

Die Italiener haben noch keinerlei nennenswerte Erfolge erzielt können; hart und fest stehen die Verteidiger der Grenze Osterr.-italienisch. In Tirol find es zum guten Teil die Standschützen, so etwas wie ein Volksgewehr. Hugo Schulz erzählt von ihnen:

Ich habe ein Tiroler Standschützenbataillon in seinen Stellungen besucht und muß sagen, daß das, was ich zu sehen bekam, über meine frühesten Vorstellungen von den inneren Möglichkeiten eines Volksgewehrs hinausging. Die unabweislichen Notwendigkeiten des Volkswiegers, den wir seit zehn Monaten führen müssen, haben manche harte Formel gebrochen, die bisher als heiliges Dogma der militärischen Doktrin galt, und vieles, was noch vor kurzem allen Grundgesetzen des militärischen Betriebes zu widersprechen schien, hat sich im Rahmen der gewaltigen Massenaufgebot von nie gekanntem Umfang glatt verwirklicht. Es hat da Heldenleistungen gegeben, die einen Träger des Volkswiegers nur wenig überraschen konnten; aber was es jetzt bei der Verteidigung unserer Alpenregionen an Ausdauer und Hingabe der kriegserfahrenen Volkstruppen gibt, das grenzt schon an den völligen Umsturz aller hergebrachten Begriffe. Die Standschützen haben zum Beispiel — man denke nur! — selbstgewählte Offiziere. Diese Offiziere sind aber nicht etwa Staatsbeamte oder Advokaten oder Richter, die vielleicht einmal Rekrutenkommandanten waren, sondern genau solche Bauern oder Handwerker oder Gewerbetreibende, wie die anderen, die sich mit ihnen im Frieden Sonntags auf den Schützenständen versammeln, um sich ihr Recht herauszuschießen. Rausch einer von diesen Schützenführern mag auch ein böses Gewissen haben, auf dem ein paar Gamsböcke lasten, die dem an der starken Scheibe erprobten Schützen zur Abwechslung gelegentlich einmal bewegliche Ziele bieten. Alle haben einst vor vielen Jahren bei den Kaiserjägern gedient; aber dort mußten sie sich mit der Rolle von Unteroffizieren begnügen, und selbst der Bataillonskommandant, der die Funktionen eines Majors trägt, hat es als „Alibier“ nicht weiter gebracht, als bis zum Oberjäger. Er fühlte sich auch etwas bekommen, als ein Mann, der uns fährte, sich mit ihm auf den unter Offizieren üblichen Dufuß stellte. Unwillkürlich tegte sich der alte Oberjäger, die Hände enfserten sich nicht von der Hosennaht, aber die Finger spielten dabei zwanglos, als wollten sie andeuten, daß der Tiroler Volkswiegersmann zwar den militärischen Formen ihr Recht einräumt, aber daß er es als freier Mann tut.

Der Major B. machte uns gleich mit zweien seiner gerade an-

wesenden Kompaniekommandanten bekannt, dem Hauptmann St. und dem Hauptmann E. Beide Männer von mehr als 60 Jahren, beide mit scharf geprägten, verwilberten Zügen, aber hochauferstehenden rüstigen Körpern. Der alte E. besonders ist ein Hüne von Gestalt noch heute wie damals, als er Anno 1874 zu Innsbruck die Korporalsterner erhielt. Seither ist ihm aber ein mächtiger Andreas-Dofel-Wart gewachsen, in den sich nur wenig graue Haare mengen und der das typische Tiroler Miergeschicht umrahmt. Eigentlich bei aller Schärfe der Prägung ein recht freundliches Gesicht mit lebhaften braunen Augen, deren Spiel lebhaft und fluge Rede munter begleitet. Die Hauptleute sind bei den Standschützen nicht anders geformt als ihre Mannschaft. Ich sah unter dieser manchen Sechzigjährigen, der eine genau solche Menschfigur darstellte, wie der alte Hauptmann, manch einen allerdings auch, dem harte Arbeit den Rücken gekrümmt und das Haar weiß geschlicht hat, wie den Zugführer Oberwalder, der sechs Söhne in Folge stehen hat und nun auch noch selbst ausgerückt ist, um es den „Beltschen“ zu „googen“. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß die Standschützen, unter denen diese Alten mit ihrer sicheren Hand und mit ihrem wohlgeschulten Schützenauge noch allezeit ihren Mann stellen können, ein Greisenanfgebot sind. Es sind Kämpfer aller Altersschichten unter ihnen, lernige Dreißiger, die nur deshalb nicht in der Armee dienen, weil einmal ein Finger der linken Hand in die Schneidemaschine geriet oder weil das zum Schießen unnötige linke Auge gelegentlich einer Auseinandersetzung, die in Kirchweihstimmung erfolgte, Schaden gelitten hat. Die Hauptmasse bilden die ganz Jungen, die barlosen, blonden Burschen von 17 bis 20 Jahren, zu denen sich sogar einige noch jüngere gesellen, denen es der Vater erlaubt hat, zu den Standschützen zu gehen. Derer sind aber nur wenige; denn man darf ihrer nicht, und die richtigen Suben, die vom 18. bis zum 17. Jahre, finden auch so ihre Verwendung. Sie tragen in Aufschaden Proviant zu den Stellungen oder sie bewachen, mit alten Angelfischen bewaffnet, die Bahngleise und Durchlässe. Manche von ihnen schlängelt sich doch irgendwie zur Front durch, und kürzlich kam so ein grüner Junge schnurstracks aus einem Grenzgebiet zum Major, um ihm zu melden, wie es da zugegangen: „Gott Major, i meld' a'horfchamt, bei . . . war a' G'sicht. Rud-zehn von ins fan tot und a' fuchsig verwundet, aber bei die Wallischen liegen die Toten biacht auf.“

Das Standschützenbataillon, das ich besuchte, ist eines von den vielen; nur eine ganz kleine Zahl von Ortschäften ist darin vertreten. In herrlicher Hochgebirgslandschaft liegen die Stellungen, die es besetzt und die es festzuhalten entschlossen ist. Ueber grüne Gruppen ziehen sich da die Schützengräben, an gutverborgenen Stellen gibt es raffiniert angelegte Stützpunkte, und auch an Stachelstrauch fehlt es nicht. Stacheliger aber noch als der Stachelstrauch sind die

Männer, die da in verborgenen Unterständen und Freierbaracken, die in den Wodgrund des Hochwaldes eingebaut sind, auf ihr Stütz-wort warten. Toden und nuchtern sprechen sie von den Möglichkeiten des Kampfes, ohne Pathos, ohne Schwung, ohne heroische Gebärde, einfach nur wie Leute, die ihrer Sache sicher sind und sich im übrigen auf ihren harten Aelplerinstinkt verlassen. Sie haben in ihren Unterständen alles, was sie brauchen, vor allem viel Munition. Auch die Feindliche fehlt nicht, und der Nach, der zugleich Problemmeister ist, sorgt trotz seiner 67 Jahre mit unermüdlichem Eifer für den leidlichen Bedarf der Schützen. Es ist ein herrliches Stück unseres Vaterlandes, dessen Verteidigung da diesen Alpenjöhnen anvertraut ist. Aus dunkelgrünen Wäldchen, die sich jäh emporbäumen und von Geröllfelsen durchfurcht sind, über die in flirrenden Kaskaden dünne Wasserfäden herabschießen, wächst riesenhaft das Dolomit-gestein in schwindelnde Höhe auf und beugt mit scharfen Röhnen und Jaden die Felsen durch. Auf der einen Seite. Auf der anderen Seite aber ragen in wackelnden Formen, oben breite Helme von Eiche und Fichte tragend, die Urberge auf. Ueber sanft geböschte Wiesenhänge strömt die Sense. Die Friedensarbeit, die auch ein Stück Landesverteidigung ist, ruht nicht. Wer sind aber die Männer, die hier die Sense schwingen? Sie tragen feldgraue Kappen, auf denen eine Schildbartsfeder nicht und an die silberne Edelweisschnecke geklebt sind. Neben den Wiesen aber, im gemächten Gasse, liegen Kornfelder und Wäldchen.

Wir verlassen die Stellung der Standschützen und steigen nieder, zur Straße ab, wo eben einige Abteilungen eines ungarischen Truppenkörpers vorüberziehen. Die Tiefenlandschaft scheinen sich in diese nie geschaute Bergwelt rasch eingelebt zu haben, ihr Sinn für die Schönheit dieser Gegend, die sie bei weitem nicht so unmittelbar finden wie die Ebenen Russisch-Polens, ist erwacht. Sie fühlen sich mit den Deutschen, die hier ihre engere Heimat verteidigen, durchaus solidarisirt, so wie diese mit ihnen, als es galt, den Karpatenwall gegen den russischen Ansturm zu halten. Man sieht hier deutlich, wie viele Gegenstände in unserem so merkwürdig gearteten Reiche gemeinsame Not und gemeinsames Schicksal überbrücken, jenes gemeinsame Schicksal, das uns alleamt — Deutsche, Magyaren und Slaven — für ein bitteres, hartes Jahr nach dem Ebenbild eines alavistischen Kriegervolkes geformt hat. Offensichtlich nicht für ewig. Wir werden es nicht mehr notwendig haben, so zu sein, wie die Montenegriner sind, wenn sich gezeigt haben wird, daß wir es trotz allem Kulturfortschritt noch besser sein können als die Rassen der schwarzen Berge selbst. Wir werden es da nicht mehr notwendig haben, so zu sein, weil dann niemand mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Es soll das letztemal sein, daß Sechzigjährige das Gewehr ergreifen müssen, um den heiligen Boden ihrer Heimat zu schützen.

**Kompagnie der Deutschen vernichtet.** Da der Obersten Seeresleitung dieses Ereignis gänzlich unbekannt war, wurde bei dem deutschen Armeeoberkommando angefragt. Darauf ging folgende Meldung ein: „Der russische Angriff auf Kuligi hat sich folgendermaßen abgespielt: In der Nacht vom 21. zum 22. Juni griff ein russisches Bataillon das Dorf Kuligi an mit dem Auftrage, unseren dortigen Posten aufzuheben und dann zurückzuziehen. Die Russen vermuteten nur einen Kavallerieposten dort. Der Angriff gelangte bis an die Drahtgitter einer dort stehenden Landwehrkompagnie. Diese wurde durch eine Landsturmkompanie verstärkt. Beide Kompagnien machten einen Gegenstoß und warfen die Russen über den Abschnitt zurück. Unsere Beute betrug 104 Gefangene, 110 Gewehre und 14 000 Patronen. Die Russen ließen 16 Tote zurück. Eigene Verluste 4 Mann tot oder verwundet.“

## Balkanfragen.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow sind nach Wien gegangen und haben mit Herrn Burian, dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, konferiert. Vom Zweck der Reise sagt Herr Stein in der „Frankf. Zig.“, der Besuch sei, wie man in Berliner politischen Kreisen annehme, nicht veranlaßt durch irgendwelche neu aufgetauchten Fragen oder neu entstandene politische Situationen, sondern es handele sich offenbar nur um die Fortsetzung von Besprechungen, die schon seit längerer Zeit unter den verbündeten Mächten schweben. Es liege nahe, zu vermuten, daß dazu auch diejenigen Mittel und Wege gehören werden, die notwendig und geeignet sind, den großen Anstrengungen, die die Mächte der Triple-Entente gegenüber den Regierungen der Balkanstaaten entfalten, wirksam entgegenzuarbeiten.

Das liegt allerdings nahe, und es ist nötig, daß alles Gezielte geschieht. Man erinnert sich vielleicht, daß, als mitten im Krieg Österreich-Ungarn seinen Minister des Auswärtigen wechselte, der neue Herr als Gegner von Konzessionen an Rumänien bezeichnet wurde. Ob die Behauptung Wahrheit sage, weiß man auch heute nicht. Aber die Wichtigkeit der Haltung Rumäniens und Bulgariens ist inzwischen immer deutlicher zutage getreten.

Inzwischen scheint auch Italien sich zu einem umfassenderen Eingreifen, als sein albanischer Vorstoß es ist, in die Balkanfrage anzuschließen. „Tribuna“ meldet aus London: In politischen, namentlich Marinekreisen, spricht man von einem baldigen Eingreifen Italiens in die Dardanellenaktion. Italien bleibe vorläufig auf die Aktivität zur See beschränkt. Man will einige große englische Schiffe, deren Anwesenheit anderswo notwendiger sei, durch italienische Schiffe ersetzen. „Giornale d'Italia“ meldet, man berichte amtlich, daß die Operationsbasis gegen die Dardanellen demnächst nach Italien verlegt werde. Militärische Kreise versichern, daß Italien zwei Armeekorps und einen Teil seiner Flotte nach den Dardanellen entsenden werde. Den Oberbefehl über die verbündete Flotte vor den Dardanellen übernehme der Herzog der Abruzzen.

Offenbar will Italien auf diese Weise sich Anteil an der erwarteten kleinasiatischen Beute sichern. Auch soll der Druck auf die neutralen Balkanstaaten verstärkt werden. Nach einer Meldung des Berliner „Kölnischen Volksboten“ nehmen die römischen Morgenblätter von gestern die italienische Kriegserklärung gegen die Türkei schon als sichere Tatsache an. Die Fortsetzung der Dardanellen würde, so heißt es in diesen Blättern, Russlands Versorgung mit Waffen und Munition sicherstellen, seine Flotte im Kaukasus befreien und den russischen Feldzug entscheiden.

Rugano, 28. Juni. (W. V. Nichtamtlich.) „Giornale d'Italia“ meldet aus Stutari: Die Montenegriner haben ohne Widerstand San Giovanni di Medua besetzt.

Roskau, 28. Juni. (W. V. Nichtamtlich.) Der „Rustojed Slobod“ vom 20. Juni berichtet: Der montenegrinische General Marnikowitsch ist im besonderen Auftrag der montenegrinischen Regierung in Petersburg eingetroffen. Er wurde vom Minister des Auswärtigen, Sokolow, empfangen.

## Frankfurter Theater.

### Bauertheater im Schauspielhaus.

Es ist Natur, was Erle Leute spielen. Das sind die Bauern, die Angenrunder sah und schätzte. Aber damit Natur Kunst werde, muß sie durch den Schmelzriegel des künstlerischen Temperaments gehen. Und dazu reicht's eben doch nicht allweg. Deswegen konnte, als Ganzes genommen, die gestrige Aufführung der „Kreuzschreiber“ keine so tiefgehende Wirkung ausüben, als man sie von einer Aufführung durch unsere heimische Gruppe zu gewinnen pflegt. Doch der vermehrte Naturreichtum! Aber interessant und eigentlich auch für Schauspieler belehrend war der Abend doch. Zumal des Steinlopfers, den Edward Adé gab. Schlichtheit ist so, daß die großen Künstler sich davon etwas abnehmen können. Nicht um es an die Stelle ihrer Kunst zu setzen, sondern um durch die getadelt Linie dieser einfachen Selbstverständlichkeit die eigene Kunst zu erhöhen. Eine Art Erlebnis war die Wirkungsphase, in der der alte Brenninger (Rudwig Auer) das Leid der Zerstörung seines Lebens erzählte. Da ward ganz lebendig, was an Trauer und Hingabe durch ein langes Leben harter Arbeit aufgespeichert und nun von pfäfflichem Eifer verschüttet und erstickt wird. — Sehr viel Besucher waren gerade nicht erschienen. Die Bauerkünstler verdienen es, daß mehr kommen.

## Weiteres.

### Sieber Simplizissimus!

Als ich vor einiger Zeit meiner Mädchenklasse, die mich recht gern hat, mitteilte, daß ich am nächsten Tage zur ärztlichen Untersuchung aufs Bezirkskommando bestellt sei, zeigt sich unter den zehnjährigen Geistern große Beforgnis um meine drohende Einberufung. Am folgenden Tage muß ich den Mädchen sagen, daß ich von ihnen Abschied nehmen müsse, da ich diensttauglich befunden sei. Laut schluchzend bringt da ein Mädchen die Worte hervor: „Und ich hab' doch so sehr gebetet, daß der Herr Lehrer einen recht großen Herzfehler bekommen möcht!“

Ein bayerischer Artillerist hatte sich in der Feuerstellung — sie locken auch während des Schießens — Kartoffelknödel gemacht, elf Stück, und sich den größten bis zuletzt aufgehoben. Die ersten zehn hatten ihn aber so gefüllt, daß er den elften nicht mehr herunterbringen konnte. Ein in der Nähe stehender Leutnant hörte nun, wie der Mann an den elften folgenden Anproben hielt: „Du verfluchter Sauhund, warum i' g'woißt hätt', daß i' di nimmi freiß'n kunnt, hätt' i' di z' alkererst g'freiß'n!“

## Italien im Krieg.

Nur zweierlei in den italienischen und österreichischen Berichten verdient bemerkt zu werden. Erstens, daß am 26. Juni in der nördlichen Adria ein italienisches Torpedoboot durch ein österreichisches Unterseeboot torpediert und versenkt wurde. Zweitens diese Stelle im italienischen Bericht vom 27. Juni: „An der Monzogrenze entwickeln sich unsere Fortschritte jenseits des Flusses langsam, aber unaufhörlich. Um die Uferbefestigungen am unteren Monzo schneller zum Fall zu bringen, wurde befohlen, die Mündung des Montefalcone Kanals zu verstopfen. Das Unternehmen wurde von einer Pionierabteilung unter dem Feuer des Feindes durchgeführt.“ Irgendwelche strategisch ausnutzbare Erfolge haben die Italiener auch jetzt noch nicht erlangt. Cadorna macht immer wieder das Wetter dafür verantwortlich, bald ist's zu heiß, bald regnet's und ähnliches.

## Die Landtagsession.

ph. Die heutige Session des preussischen Landtags zerfällt in vier verschiedene Abschnitte. Einmal war der Landtag vor Ausbruch des Krieges zusammenberufen und dreimal hat er unter dem Kriegszustand getagt. Im Januar vorigen Jahres, als die Session eröffnet wurde, lebten wir noch im tiefsten Frieden; die Regierung glaubte, der Landtag würde sich — ungestört durch Ereignisse auf dem Gebiete der äußeren Politik — seiner eigentlichen gesetzgeberischen Arbeit widmen können. Sie unterbreitete ihm Gesetzentwürfe in ungewöhnlich großer Zahl und von ungewöhnlich großem Umfange in der Erwartung, daß diese mit Hilfe einer langen Ausdehnung der Session verabschiedet werden könnten. Es ist anders gekommen, die kriegerischen Ereignisse haben alle Dispositionen über den Hausen geworfen; die meisten dieser Gesetzentwürfe sind über eine kommissarische Vorberatung nicht hinausgekommen, ja einige haben noch nicht einmal die erste Lesung im Plenum passiert.

Ein besonders lebhaftes Bedauern wird man im Volke darüber faum empfinden. Wohl sind die Materien, die die Gesetzentwürfe behandeln, von Bedeutung, aber die Art und Weise, wie die Fragen gelöst werden sollten, hätten nie und nimmer die Zustimmung der großen Mehrheit der preussischen Staatsbürger gefunden. Typisch hierfür ist die parlamentarische Geschichte des Wohnungsgesetzentwurfs. Seit urdenklichen Zeiten hat sich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens herausgestellt. Vor genau zehn Jahren erschien die Regierung mit ihrem ersten Entwurf auf dem Plane; sie sah aber von seiner Einbringung im Landtag ab, vollerte ein Jahrzehnt daran herum und unterbreitete ihn dann endlich in verästeltester Form. Der Kommission des Abgeordnetenhauses aber genügte auch diese Verwickeltheit noch nicht; sie änderte so lange, bis der Entwurf völlig seines wohnungspflegerischen Charakters entkleidet war. Wenn die Regierung jetzt auf seine Weiterberatung keinen Wert legt und ihn unter Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen geordneten Umwälzungen im Wohnungswesen aufs neue einbringen will, so kann uns das nur recht sein, denn in seiner jetzigen Fassung wäre der Entwurf für uns ebenso unannehmbar gewesen, wie für jeden ernsthaften bürgerlichen Wohnungsreformer.

Ähnlich verhält es sich mit dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Schon längst sind diese Gesetze reformbedürftig. An die Gemeinden, die Kreise und Provinzen sind im Laufe der Jahre Aufgaben herangetreten, die sie unter der Herrschaft der geltenden Gesetze nicht oder nur schwer lösen können. Die Regierung hat Veränderungen vorgeschlagen, denen auch wir bis zu einem gewissen Grad zustimmen könnten, aber die Kommission hat die Absicht der Regierung teilweise in ihr Gegenteil verkehrt und Beschlüsse gefaßt, die die Vorlage unannehmbar machten, so daß das Ministerium mehr als einmal nahe daran war, sie zurückzuziehen. Den Beginn der zweiten Beratung in der Kommission hat die Regierung, da sie sah, wie der Gase läuft, überhaupt nicht mehr abgemart; sie hat von zwei Uebeln das kleinere gewählt, und bevor sie einer Verschlechterung zustimmt, will sie es lieber bei dem alten Zustande lassen.

Bekannt ist das Schicksal des Fischereigesetzentwurfs, der nach harter Arbeit vom Abgeordnetenhause in einer Form angenommen ist, die zwar nicht alle Interessen befriedigt, die aber immerhin ein brauchbares Kompromiß bildet, gegen welches auch die Regierung nichts mehr einzuwenden hatte. Daß das Herrenhaus die Beratung nicht überführen wollte, verargen wir ihm nicht; schuld an dem Scheitern des Entwurfs ist die Regierung, die hin und her schwankte, so daß schließlich kein Mensch mehr wußte, ob ihr an dem Zustandekommen des Gesetzes etwas gelegen ist oder nicht.

Eine Reihe anderer Vorlagen, die zunächst dem Herrenhause unterbreitet und von diesem angenommen sind, hat das Abgeordnetenhause überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Hierzu gehört der Entwurf einer Novelle zum Landesverwaltungs-gesetz, die die Reform der inneren Verwaltung in durchaus unbefriedigender Weise einleiten sollte; ferner der Gesetzentwurf über Zuständigkeiten in Schulsachen und einige kleinere Vorlagen ohne wesentliches Allgemeininteresse. In Kommissionen steden geblieben sind u. a. das Grundteilungs-gesetz mit seinen gegen die Folgen gerichteten Ausnahmestimmungen, der in Form eines Initiativantrages gefaßte, von fortschrittlicher Seite beantragte Entwurf eines Gesetzes über die innere Kolonisation, sowie der Gesetzentwurf über Familien-Adelskommissionen und Familienstiftungen.

Fruchtbarer ist die Tätigkeit des Landtages in den Kriegsstagungen gewesen. Bereits im Oktober eröffnete das Parlament der Regierung einen Kredit von 1½ Milliarden Mark zur Einleitung einer Rostlandsaktion, insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Unterstützung finanziell geschwächter Gemeinden, zur Förderung der Landwirtschaft und zur Sebung der von dem Kriege so schwer heimgesuchten Provinz Ostpreußen nebst Teilen von Westpreußen. Im Frühjahr folgte die Bewilligung von 200 Millionen Mark zur Förderung der Kriegswirtschaft, eine Aktion, durch deren Einleitung Preußen anderen Bundesstaaten ein gutes Beispiel gegeben hat; der Erlös des Knappschaftskriegs-gesetzes und einiger anderer Gesetze, die aus der Not des Krieges geboren wurden. Auch darin dürfte Preußen anderen Staaten als Muster dienen, daß der Landtag sich nicht mit der Kenntnisnahme der von der Reichsregierung ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen begnügt, sondern durchgefohrt hat, daß er selbst dabei zu Rate gezogen wird. Ueberflüssig

ist, zu sagen, daß wir vieles an den Anordnungen der Regierung auszufehen haben und daß wir es bedauern würden, wenn der Bundesrat sich von der preussischen Regierung und ihren Gintermännern auf eine abschüssige Bahn drängen lassen würde; aber das hindert uns nicht, der Energie, mit der das preussische Abgeordnetenhaus sich gegen die Absicht des Ausschaltens der Volksvertretungen gewehrt hat, unsere Anerkennung zu zollen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß mit dem Sessionsschluß auch alle Anträge aus der Mitte des Hauses erledigt sind. Von einigen bedauern wir es lebhaft, daß sie bis auf weiteres im Orkus verschwunden; anderen meinen wir keine Träne nach; wieder andere hätten wir trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gern besprochen gesehen, um aus der Erörterung zu erfahren, wohin der Kurs steuert. Es sind das namentlich die von scharfmoderischer Seite ausgegangenen Anträge, die zwar noch vor dem Kriege eingebracht sind, aber die zurückgezogen die Antragsteller sich nicht entschließen konnten, so daß man wohl nicht fehl geht in der Annahme, daß auch heute noch ihre Antragsteller auf dem bisherigen Boden stehen. Wir nennen in dieser Beziehung nur den Antrag Arndt (Freikons.), der sich gegen die Anwendung des Massenstreiks zur Erzwingung des gleichen Wahlrechts richtet. Auch die von derselben Seite eingebrachte Interpellation über die Verhütung des übermäßigen Zugangs der Arbeiterbevölkerung zu den Großstädten zeigt, daß die Gegner der Arbeiterschaft zwar den Arbeitern nicht oft genug die Notwendigkeit des „Umlernens“ vor Augen führen können, daß sie selbst es aber nicht für erforderlich halten, auch ihrerseits umzulernen und die Bestrebungen der Arbeiterklasse gerecht zu beurteilen.

Die meisten der unter den Tisch gefallenen Anträge sind alte Bekannte, die schon seit Jahren in jeder Session wieder erscheinen; teils sind sie bisher noch niemals auf die Tagesordnung gesetzt worden — sie bilden also gewissermaßen nur Dekorationsstücke —, teils ist in früheren Jahren ausgiebig über sie verhandelt worden. Zugegeben, daß so schwierige Fragen, wie der Erlaß eines Ministerverantwortlichkeits-gesetzes, sich nicht im Sandumdrehen vor Torschlüssel und inmitten kriegerischer Ereignisse lösen lassen, — was in aller Welt hätte das Abgeordnetenhaus aber gehindert, diejenigen Anträge zu erledigen, die längst spruchreife Materien berühren? Das sind u. a. die Anträge, die den Gebrauch fremder Sprachen, besonders der polnischen, in öffentlichen Versammlungen zulassen wollen, der Antrag auf Annahme eines Gesetzentwurfes über die Befreiung der Disziplinarkinder vom Religionsunterricht, die Anträge auf Einführung der geheimen Stimmgabe bei den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen und, last not least, die nationalliberalen und fortschrittlichen Wahlrechts-anträge.

Unsere Genossen haben sich große Mühe gegeben, die Besprechung der Wahlrechtsanträge zu erzwingen; nicht aus Lust an langen Debatten, sondern weil es höchste Zeit ist, daß die Regierung endlich ihre Zurückhaltung aufgibt und klipp und klar erklärt, welche Absichten sie in diesem Punkte hat. Bisher ist sie jeder Erklärung ausgewichen. Ein um so schwerer politischer Fehler, man könnte fast sagen, ein politisches Verbrechen ist es, daß die Fortschrittler uns bei unserem Bestreben nicht nur nicht unterstützt haben, sondern daß sie uns sogar in den Rücken gefallen sind und dadurch die Geschäfte der Reaktion befördert haben. Im Hinblick auf ein solches Verhalten bleibt den Wahlrechtsfeinden nicht mehr viel zu tun übrig; die angeblichen Wahlrechtsfreunde überheben sie der Mühe, Farbe zu bekennen.

Der Schluß des Landtages ist erfolgt u. a. mit dem Hinweis der Regierung darauf, daß sie mit dem Wust des teilweise schon veralteten Materials aufräumen will, um die Bahn frei zu machen für neue gesetzgeberische Taten. In welcher Richtung sich die in Aussicht gestellte Aktion bewegt, wissen wir nicht; denn unter der Redensart von der Neuorientierung der inneren Politik kann man alles mögliche verstehen. Das eine aber ist sicher: jede Neuorientierung der inneren Politik ist für das Proletariat wertlos, wenn sie vorübergeht an der wichtigsten innerpreussischen, ja innerdeutschen Frage, an der Reform des preussischen Dreiklassenwahl-systems, an der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Breußen. Ist es der Regierung Ernst mit ihrem Versprechen, aus dem Kriege die Konsequenzen auf innerpolitischem Gebiete zu ziehen, so möge sie ihren Worten die Tat folgen lassen und als erste Vorlage dem im Herbst wieder zusammentretenden Landtage ein freibürgerliches Wahlgesetz unterbreiten. Das wird die Probe aufs Exempel sein.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

Dr. Dernburg traf am Sonntag abend in Berlin ein.

Die akademische Jugend Berlins brachte am Sonntag abend der im Hotel Royal abgestiegenen Königin von Schweden einen Aderlaß dar wegen der glücklichen Errettung aus Lebens-gefahr beim Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Prisonniers combattants  
(Allemands et Autrichiens)  
103200 Russes  
236000 Français  
(dont 100000 morts)  
24000 Anglais  
(dont 10000 morts)  
40000 Belges  
50000 Serbes  
Total 1400000  
(Et tous ont à manger chez les Allemands qui neurent de faim.)  
28.15

Deutscher Nachrichten- und Briefdienst für die Franzosen an der Front vermittelt großer Tafeln mit weithin sichtbarer Schrift.

